

Interview mit der Rhein-Neckar-Zeitung vom 11. Mai:

Herr Wulff, von Ihrer Präsidentschaft bleibt vor allem ein Satz: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ – war es ein kluger Satz, jetzt mit sieben Jahren Abstand betrachtet?

Ich halte ihn nach wie vor für richtig. Nach unserem Grundgesetz sind die Menschen frei zu glauben, was sie wollen, oder auch nicht zu glauben, und ihren Glauben frei auszuüben. Und wenn über vier Millionen Muslime in Deutschland leben, dann gehören sie dazu – mit ihrer Religion. Wir haben ein Miteinander von Moscheen, Kirchen, Tempeln und Synagogen, und das ist etwas, worauf wir stolz sein können - auch weil es eben nicht selbstverständlich ist.

Sie haben das Grundgesetz angesprochen. Wäre es nicht richtiger zu sagen, man definiert Zusammenhalt überhaupt nicht über die Religion, sondern nur über unsere Verfassung – wie in Frankreich?

Länder, die Religion und Staat so strikt getrennt haben wie Frankreich, haben nach meiner Auffassung mehr Integrationsprobleme als Länder wie Deutschland. Ich habe gerade als Ministerpräsident immer wieder gespürt, dass das Einbinden christlicher Gemeinschaften, von jüdischen und muslimischen Gemeinschaften unsere Gesellschaft, unser Zusammenleben voranbringt. Dort wird Verantwortung übernommen, wird das Ehrenamt gelebt, werden Werte vermittelt. Wir haben hier einen guten Weg für das Verhältnis von Kirche und Staat gefunden: Es gibt ein Miteinander, das weit hinausgeht über ein bloßes Nebeneinander. Und in diesen Prozess müssen wir auch die muslimischen Gemeinden einbinden, damit sie sich als Bestandteil dieses Landes fühlen. Ich habe auf meinen Satz damals viele positive Rückmeldungen von Muslimen bekommen, die gesagt haben, dass sie nun erstmals das Gefühl hätten, angekommen zu sein.

Sie sind bis heute fast der Einzige, der ohne Einschränkung zu diesem Satz steht.

Wolfgang Schäuble hatte es vor mir gesagt. Dass es bei mir so viel Aufregung gab, führe ich darauf zurück, dass ich es als Bundespräsident und das am Tag der deutschen Einheit gesagt habe – aber vor allem, dass ich es auf dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte gesagt habe. Diese Debatte hatte das Klima in Deutschland entscheidend verändert, und ich habe die Aussage getroffen, um denen, die unsicher geworden waren, wie sie hier auf Dauer leben könnten, Sicherheit zu geben. Auch Angela Merkel hat diesen Satz nach den Pariser Anschlägen wiederholt und betont, dass Offenheit und Haltung, das Einhalten von Regeln zusammen gehören. Dieses Zusammenspiel aus „Law and Order“ und Offenheit hatte ich in meiner Rede ebenfalls betont, auch wenn vor allem dieser eine Satz transportiert wurde. Dabei war auch der Satz davor, dass das Judentum zweifelsfrei zu Deutschland gehört, genauso wichtig.

Thomas de Maizière hat nun zehn merkwürdig formulierte Thesen zur Leitkultur aufgestellt. Teilen Sie sein Ansinnen, dass es wichtig ist, sich in Deutschland die Hand zu geben?

Für mich ist die Leitkultur die Freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die muss jeder kennen und akzeptieren, sonst wird er hier auf Dauer nicht glücklich. Darüber

hinaus gibt es etablierte Verhaltensweisen, die Ergebnisse der Aufklärung sind – sein Gesicht zu zeigen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Und die müssen ebenfalls vermittelt werden. Wenn ich in meinen Veranstaltungen auf ein Büchlein verweise, das Flüchtlingen in arabischer Sprache in die Hand gedrückt wird, spüre ich immer große Erleichterung. Darin sind 33 Tipps, um in Deutschland besser zurecht zu kommen, Deutschland und die Deutschen werden den Menschen darin erklärt. Da wird gesagt: Deutsche sind pünktlich. In Deutschland hält man Ordnung – und: Die Deutschen benutzen Autos nicht nur, um von A nach B zu kommen, sondern sie hassen Beulen und Kratzer und finden es schön, wenn das Auto gewaschen ist. Viele Menschen finden es gut, wenn den hier Ankommenden erklärt wird, warum wir Deutschen sind, wie wir sind – und warum wir übrigens auch so erfolgreich sind. Wenn wir Flüchtlinge in Syrien wären und unser Auto waschen würden, würde man uns auch erklären, dass Wasser in Syrien zu wichtig dafür ist. So ist jedes Land anders.

Und was macht Deutschland aus? Außer der Liebe zum Auto?

Über diese Frage muss man streiten. Aber die Diskussion ist grundsätzlich nützlich. In Neuseeland, Australien und Kanada als klassischen Einwanderungsländern sehe ich einen starken „Common Sense“. Im Kanadischen Einwanderungsrecht gibt es sogar Sonderpunkte für den „Canadian Way of Life“: Wer überbringt, dass er den verstanden hat, wird eher eingebürgert. Toronto hat 70 Prozent Einwanderer – und das funktioniert. Je größer die Vielfalt ist, desto wichtiger sind gemeinsame Werte und Regeln. Die Debatte ist in Deutschland natürlich besonders schwer vor dem Hintergrund der Geschichte. Trotzdem können wir stolz auf unser Land sein, gerade wenn wir dabei hervorheben, dass und wie wir aus der Geschichte gelernt haben.

Kommen wir auf Ihre Rede zurück. Darin haben Sie Goethe mit dem Satz „Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen“ zitiert. Sehen Sie das heute auch so angesichts einer Türkei, die unter Erdogan in eine Autokratie steuert?

Von Demokratie, Pluralismus, Friedfertigkeit geht es manchmal ganz schnell in Richtung Autokratie. Insofern ist die Annäherung von Abendland und Morgenland – von der Türkei und Europa –, eine Jahrhundertaufgabe. Aber die muss angegangen werden, genauso wie die Jahrhundertaufgabe der europäischen Einigung. Beide stehen gerade auf der Kippe. Im Moment spüre ich einen Stimmungsumschwung. Ich glaube, dass die Wahl von Donald Trump und der Brexit für viele ein Weckruf waren, und ich habe das Gefühl, dass jetzt gerade junge Leute in der ganzen Welt aktiv werden – auch in der Türkei. Mich hat überrascht, wie knapp das Referendum ausgegangen ist - trotz der unfairen Bedingungen. Junge Leute, Wirtschaftsvertreter, die großen Städte und der Westen des Landes haben mehrheitlich dagegen gestimmt – viele, auf die Erdogan die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stützen muss. Nach dem Referendum hat Erdogan nun die Macht, die er wollte – und damit auch die ganze Verantwortung. Aber die, die er braucht, hat er nicht gewinnen können. Sie sind gegen ihn.

Sie waren knapp zwei Jahre als Bundespräsident im Amt – sind Sie Deutschland noch etwas schuldig geblieben, was Sie gerne noch als Präsident an Debatten angestoßen hätten?

Ehrlich gesagt, hab ich mit dieser Zeit geordnet abgeschlossen. Mit meinem Buch, in dem ich dargestellt habe, was mir wichtig war und ist. Mit dem Freispruch, der mir als Jurist wichtig war, und mit einer starken Vernetzung mit meinen wahren Freunden. Danach habe ich mich der Zukunft zugewandt und arbeite an den Themen, die mir wichtig sind. Ich war gestern bei einer Veranstaltung von SOS-Kinderdorf in Stuttgart, bin heute an der Universität Heidelberg, wo eindrucksvolle junge Leute seit Jahren eine wirklich interessante Veranstaltung auf die Beine stellen. Heute Abend bin ich in Brüssel, da geht es um den Dialog zwischen Europa und der Arabisch-Islamischen Welt. Vor allem reizt mich jetzt die Arbeit mit der jungen Generation. Ich bin Mentor für viele Studierende in Deutschland. Da entstehen Verbindungen zu ganz tollen jungen Menschen, diese Förderung zeigt Wirkung über Jahrzehnte.

Sie plädierten als Präsident gegen Eurobonds, jetzt preisen Sie den neuen französischen Präsidenten Macron, der genau diese fordert.

Die Gründungsgeschichte des Euros ist an den Maastrichter Vertrag gebunden. Der hat den Menschen in Europa Garantien gegeben: Für die Finanz- und Haushaltspolitik bleiben die Nationalstaaten verantwortlich. Dementsprechend muss jeder seine Hausaufgaben machen. Was für mich aus der Debatte aber folgt, ist, dass wir sehr viel solidarischer sein müssen. Bei Struktur- und Verwaltungshilfen etwa: Wir könnten Griechenland beispielsweise helfen, eine Genehmigungsstruktur für Solaranlagen einzurichten. Ich finde es nicht sehr einleuchtend, dass es in Baden-Württemberg mehr Fotovoltaik gibt als in ganz Griechenland, obwohl dort die Sonne deutlich mehr scheint. Da sollten wir wirklich helfen.

Auch finanziell?

Wir sollten einen Teil der von uns ja eigentlich ungewollten Gewinne durch den niedrigen Zins Europa für strukturelle Maßnahmen zur Verfügung stellen. Dafür sollte es eine Mehrheit geben in Deutschland. Da geht es auch um Empathie: Die Haltung, die Griechen sollen erst mal den Rücken krumm machen, wird der Situation überhaupt nicht gerecht. Wir Deutschen wurden stark beeinflusst durch deutsch-französische Tandems wie Adenauer-De Gaulle, Schmidt - Giscard d'Estaing oder Kohl-Mitterand. Wenn jetzt Macron und Merkel ein solches Tandem bilden und eben auch darstellen, dass Frankreich sich reformiert und Deutschland sich engagiert, dann sollte es dafür Mehrheiten geben – und keinen Reflex, dass es nur die Probleme des anderen sind.

Frau Merkel hat aber – vermutlich wahlkampfbedingt – Forderungen Macrons reflexartig zurückgewiesen.

Weil wir unseren französischen Freunden auch sagen müssen, dass sich auch in Frankreich Dinge verändern müssen, das Investitionsklima zum Beispiel. Da geschieht derzeit zu wenig, weil das Steuer- und Verwaltungssystem zu kompliziert ist, der Spitzensteuersatz zu hoch und der staatliche Sektor zu groß. In dem Moment, wo Frankreich sich eine Art "Agenda 2025" vornimmt, wird sich die Situation der französischen Volkswirtschaft schlagartig ändern. Macron traue ich zu, dass er da etwas bewegt. Er ist ein mutiger Politiker und hat Frankreich jetzt schon verändert. Er verdient alle Unterstützung Deutschlands, aber er muss jetzt auch erst mal im eigenen Land aufräumen. „Jeder fegt vor seiner Tür, und sauber ist das Hausquartier“ – dieser schwäbische Grundsatz bleibt aktuell.

Sie haben neulich bei einer Rede in Monaco angedeutet, dass wir vielleicht die besten Jahre bereits hinter uns haben – die Zeit vom Mauerfall bis heute: Ist das nicht ein bisschen pessimistisch?

Ich bin erstmals nachdenklich geworden, weil ich weder den Brexit noch die Wahl Trumps für möglich gehalten hatte. In dem Moment war für mich entscheidend zu sagen, wer weiter in der Demokratie schläft, kann in der Diktatur aufwachen. Demokratie klingelt nicht, wenn sie geht. Wir können das in der Türkei gerade beobachten. Seit der Wahl von Rutte in den Niederlanden und Macron in Frankreich, bin ich aber wieder optimistischer. Und ich bin sicher, dass nach Veranstaltungen wie dem Symposium in der Universität Heidelberg heute manche dieser jungen Menschen aktiver werden, weil sie merken: offenkundig kommt es mehr auf uns an, als wir annahmen.

Aber es sind ja vor allem die Älteren, die abdriften, die AFD wählen und den Brexit befürworten.

Es ist richtig, dass es eine wachsende Zahl von Menschen gibt, denen die Veränderungen Angst machen. Bei den Zeitungen haben Formate wie "Landlust" und Kochzeitschriften Zuwachs – also „Heile Welt“. Die Engländer haben den Brexit zum Teil beschlossen, weil sie nicht verstehen, dass ihre Pubs durch "Starbucks"-Filialen verdrängt werden. Es gibt einen Unmut gegenüber Veränderungen, eine Flucht in die Vergangenheit, in der angeblich alles besser war. Diesem Trend kann man nur mit Fakten begegnen: Wir müssen erstens erklären, dass die vermeintlich „Heile Welt“ von früher gar nicht so "heil" war. Und zweitens müssen wir klarmachen, dass unser heutiger Erfolg nur eingetreten ist, weil wir so viel Weltoffenheit haben, so viel neue Impulse, so viel Diversität. Den deutschen Schlager rettet gerade Helene Fischer und die hieß bei ihrer Geburt Jelena Petrowna. Weltmeister sind wir 2014 geworden, auch wegen Mustafi, Özil und Khedira. Nur mit Uwes und Lothars wären wir in der Vorrunde ausgeschieden. Wir haben in der Literatur Navid Kermani, im Fernsehen Dunya Hayali und viele andere mehr. Sie gestalten und prägen unser Land. Es hat viele provoziert, als ich das nach meiner Wahl so formuliert habe, aber wir sind die Bunte Republik Deutschland - und auch deshalb so erfolgreich.